



SUDAN - DIE ZWEIMAL GESTOHLENE REVOLUTION

Gerald Hainzl

Der facettenreiche Konflikt im Sudan hat sich im Machtkampf zweier ungleicher Generäle gewaltsam zugespitzt. Abgesehen von diesem Machtkampf und den Interessen regionaler und internationaler Akteure wurde bereits mit dem Putsch im Oktober 2021 der Zivilgesellschaft die Revolution gestohlen. Durch fehlende Einigung über den Zeitrahmen für die Eingliederung der Rapid Support Forces (RSF) in die Streitkräfte und dem daraus resultierenden Krieg zwischen den beiden Kontrahenten hat sich dieser „Diebstahl“ wiederholt.

Die Auseinandersetzung

Der Ausbruch der Kämpfe am 15. April in Khartoum war nicht der Anfang, sondern der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung. Die Wurzeln des Konfliktes reichen bis in die 1990er Jahre zurück, als der Sudan in die Reihe der Erdölproduzenten aufstieg und vor allem durch die starke asiatische Nachfrage Petrodollars ins Land strömten. Mit der Abspaltung des Südsudans und dessen Ölreserven im Jahr 2011 verlor der verbleibende Sudan rund drei Viertel seiner Reserven und die tägliche Produktion fiel von 500.000 Barrel pro Tag auf etwa 70.000. Nach dem Sturz von Langzeitmachthaber Omar Hassan al-Bashir waren es multiple Krisen (z.B. Nahrungsmittel, Energie und Politik) sowie das Auseinanderdriften der Gesellschaft, die zur gegenwärtigen Situation führten.

Allerdings tragen das Militär unter der Führung von General Abd al-Fattah Abd al-Rahman al-Burhan und die paramilitärischen Kräfte unter General Mohammed Hamed Daglo (genannt Hemedti) für diese Entwicklungen die Hauptschuld. Zweimal, 2021 durch einen Putsch und 2023 durch den Ausbruch der gewaltsamen Auseinandersetzung, wurde der Übergang zu einer zivilen Regierung „verhindert“.

Der Wechsel zu einer demokratisch legitimierten Führung schien zumindest oberflächlich betrachtet zum Greifen nahe. Die Frage der Dauer des Übergangsprozesses für die Eingliederung der RSF in die Streitkräfte wurde jedoch dazu genutzt, um erneut aus einem Prozess auszusteigen, der zu einer demokratisch legitimierten Regierung führen hätte sollen. Diese ist mit den derzeitigen Entwicklungen in weite Ferne gerückt.

Durch diese Entwicklungen wurde der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung innerhalb von zwei Jahren die Revolution zweimal geraubt.

Angekündigte Feuerpausen und Waffenruhen werden von beiden Seiten nur bedingt eingehalten und die Schuld der jeweils anderen Seite zugewiesen. Die professionelle Kommunikationstrategie der RSF und von General Hemedti in den sozialen Medien spiegelt deren Sichtweise wider, dass nicht nur im Sudan selbst die Öffentlichkeit gewonnen werden muss, sondern das internationale Meinungsbild im eigenen Sinne beeinflusst werden soll.

Wirtschaftliche Fragen, wie die Ausbeutung von Ressourcen und der Zugang zu diesen, und die Problematik der Umverteilung haben einen wesentlichen Anteil am Konflikt. Diese haben sowohl eine sudanesishe als auch eine internationale Komponente. Vor allem mit der Ausbeutung von Gold wird die russische Söldnergruppe Wagner immer wieder in Verbindung gebracht. Diese soll zudem die RSF über Libyen mit Waffen versorgen.

Die innere Dimension

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen haben gravierende Auswirkungen auf die Bevölkerung sowohl im Hinblick auf indirekte als auch direkte Gewalt. Daneben sollen Plünderungen durch die Kontrahenten des Bürgerkriegs stattfinden.

Die mediale Berichterstattung beschränkt sich derzeit im Wesentlichen auf jene Gebiete, wie den Raum Khartoum/Omdurman, aus denen nach wie vor Informationen zu erhalten sind. Andere Städte und Regionen, wie etwa Darfur, die ebenfalls von den Auseinandersetzungen betroffen sind, finden kaum Beachtung bzw. sind derzeit sehr schwer zugänglich und Informationen erreichen die Öffentlichkeit nur spärlich. Die Anzahl der Flüchtlinge aus diesen Regionen lässt darauf schließen, dass auch dort Kämpfe stattfinden bzw. befürchtet werden. Alte Konflikte zwischen

unterschiedlichen Gruppen, die während der letzten Jahre eingedämmt schienen, könnten in den nächsten Wochen wieder voll aufflammen. Eine hohe Anzahl an Flüchtlingen in den Nachbarländern könnte zu einer weiteren Ausbreitung der Instabilität führen.

Trotzdem gibt es Hoffnungsschimmer. Zivilgeführte Friedenskomitees in Darfur konnten an einigen Orten wenigstens für ein Eindämmen der Gewalt sorgen. Zudem ist die Zivilgesellschaft nach wie vor aktiv und könnte künftig wieder eine größere politische Rolle spielen.

Der Konflikt unterscheidet sich in seiner Essenz und in den Zielsetzungen der Kontrahenten von den vorangegangenen gewaltsamen Konflikten im Sudan in den vergangenen Dekaden, da die Hauptstadt erstmals Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen war. Waren es früher eher regionale Aufstände oder Forderungen marginalisierter Gruppen ist es diesmal ein Konflikt im Zentrum der Macht.

Regionale Implikationen

Die Nachbarstaaten werden von Flüchtlingen betroffen sein. In den Tschad sind bereits mehrere tausend Menschen geflohen. Auch in Ägypten sind bereits viele Flüchtlinge angekommen. Je länger der Konflikt dauert, umso höher werden die Belastungen für die Nachbarstaaten werden. Nach Angaben der UNO waren vor Ausbruch der Kämpfe ein Drittel der sudanesischen Bevölkerung von humanitärer Hilfe abhängig.

Die regionalen Implikationen sind aber nicht nur an Flüchtlingen aus dem Sudan festzumachen. Viele Menschen aus den Nachbarstaaten arbeiteten im Sudan. Eine lokale Radiostation berichtete, dass viele Südsudanesen Hab und Gut verkaufen, um sich die Rückkehr in den Südsudan leisten zu können. Der Sudan hat zudem mit Nachbarstaaten Konflikte, die bisher nicht ausgeräumt werden konnten. Und die Grenzfragen mit dem Südsudan

bleiben nach wie vor ungeklärt (Stichwort Abyei). Die Durchlässigkeit der Grenzen zu den Nachbarländern ermöglicht es zudem den unterschiedlichsten Gruppierungen sich im Ausland zu formieren, um in den Konflikt im Sudan aktiv eingreifen zu können. Beziehungen entlang ethnischer und grenzüberschreitender Trennungslinien helfen dabei.

Die externe Dimension

Neben den innersudanesischen Auseinandersetzungen und dem grundsätzlichen Machtkampf zwischen den Generälen al-Burhan und Hemedti spielen externe Akteure ebenfalls eine wichtige Rolle. Der Sudan ist Teil des gegenwärtigen geopolitischen Konflikts und beeinflusst Entwicklungen vom Roten Meer bis nach Zentralafrika, vom Horn von Afrika bis in den Sahel. Falls sich die Fluchtbewegungen in die Nachbarstaaten weiter fortsetzen, ist nicht auszuschließen, dass Nachbarregionen wie Europa die Auswirkungen in Form von irregulärer Migration spüren werden.

Die Interessen externer Akteure sind vielfältig und reichen von ökonomischen bis zu geopolitischen Überlegungen. Die Nähe von General Hemedti zu Russland ist evident und manifestiert sich auch im jetzigen Konflikt. Dass Russland Port Sudan als Stützpunkt für seine Seestreitkräfte nutzen möchte ist ebenfalls kein Geheimnis. Während die Beziehungen der USA der letzten Jahrzehnte als durchwachsen zu charakterisieren sind, engagiert sich China bereits seit den 1990er Jahren im Sudan.

Die Vermittler

Vermittler auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Intentionen bemühen sich ihr regionales Profil zu schärfen oder im geopolitischen Wettbewerb diese Rolle einnehmen zu können. Diese könnten zwischen den USA und China umstritten sein. Kenia versucht sich an der Seite der USA zu profilieren und sich nicht nur für diese Krise am Horn von Afrika als

verlässlicher Partner zu profilieren. Externe Akteure mit regionalen Ambitionen bzw. langfristigen Interessen im Sudan versuchen sich einzubringen und auf die Konfliktparteien einzuwirken.

Grundsätzlich zwiespältig zu beurteilen ist das Engagement von Vermittlern aus der Region, die ihre eigenen, manchmal grenzübergreifenden ethnischen/sozialen/etc. Problemen maßgeblich einbringen würden. Zudem sind viele bilaterale Fragen des Sudans mit den Nachbarstaaten offen, sodass nicht von einer neutralen Rolle ausgegangen werden kann. Andererseits haben die Nachbarstaaten ein großes Interesse, dass sich der Konflikt nicht auf ihr Staatsgebiet ausdehnt.

Etwas sonderbar mutet möglicherweise ein, nach mehreren gescheiterten, neu ausgehandelter Waffenstillstand unter Vermittlung des Südsudans an. Aus Sicht der Konfliktparteien bzw. deren Generäle macht es allerdings durchaus Sinn. Analogien zum Südsudan sind verfrüht, aber auch dort eskalierte immer wieder die Gewalt, sodass sich die handelnden Personen in Übergangsregierungen wiederfinden und an der Macht bleiben konnten.

Mögliche Szenarien

- Eine Seite setzt sich durch und übernimmt die Macht. Der Übergang zu einer demokratischen Regierung gestaltet sich schwierig und der siegreiche General lässt sich nach einer Übergangsperiode demokratisch an der Staatsspitze legitimieren.
- Eine militärische Lösung bzw. ein Sieg einer der beiden Gruppen ist nicht in Sicht und beide Seiten stimmen einer Verhandlungslösung zu, sodass unter internationaler Vermittlung wieder eine Form der Übergangsregierung gebildet werden kann. Die handelnden Personen bleiben an der Macht, ohne dafür demokratisch legitimiert zu sein.

- Die Lage im Sudan entwickelt sich Richtung libysches Szenario; einer Defacto-Spaltung des Landes mit unterschiedlicher internationaler Unterstützung der verschiedenen Seiten. Sezessionsbestrebungen einzelner Regionen destabilisieren den Sudan auf absehbare Zeit. Sowohl Nachbarstaaten als auch internationale Akteure versuchen, ihre Interessen in Abstimmung mit verschiedenen sudanesischen Gruppen um- bzw. durchzusetzen. Stellvertreterkonflikte wie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind die Folge.

Bedeutung für die EU und Österreich

- Die Evakuierungen von Bürgern vieler Staaten deuten darauf hin, dass mit einer Eskalation und nicht mit einer Deeskalation gerechnet wird. Vor allem, dass nicht nur diplomatisches Personal, sondern auch Arbeiter aus asiatischen Staaten das Land verlassen, ist ein wesentlicher Indikator für diese Lageeinschätzung.
- Die Lage des Sudans am Roten Meer an einer der wichtigsten Schifffahrtsstraßen der Welt durch den Bab al-Mandeb und den Suezkanal könnte Implikationen für den internationalen Warenverkehr haben.
- An der europäischen Peripherie liegen vom westafrikanischen Sahel über Libyen bereits viele instabile Staaten. Das Engagement der EU und Österreichs im Krisen- und Konfliktmanagement ist notwendig, um eine gewisse Stabilität zu erreichen und negative Auswirkungen auf die europäische Sicherheit möglichst gering zu halten. Der Sudan reiht sich nahtlos in diese Gruppe der oben genannten Staaten ein und trägt zur Instabilität in der Peripherie bei.

Hinzu kommt die Gefahr einer Ausbreitung der Gewalt auf die gesamte Region. Binnenvertriebene und Flüchtlinge in die Nachbarstaaten könnten nach einer gewissen Zeit die Region verlassen und auch Richtung Europa aufbrechen. Zudem eröffnet eine instabile Situation allen möglichen irregulären Aktivitäten Tür und Tor. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass sich bereits in anderen afrikanischen Staaten in einer instabilen Situation Gruppen bilden bzw. festsetzen konnten, die mit einer gewaltsamen extremistischen Ideologie durch Terrorismus die Sicherheit weit entfernter Gebiete beeinflussen könnten.

- Das Konzept, Putschisten in einer Übergangsregierung zu akzeptieren bzw. mit Posten in einer solchen zu belohnen, ist gescheitert. Das zeigen die westafrikanischen Beispiele deutlich. Es bleibt zu wünschen, dass die internationale Gemeinschaft eine vom Militär oder RSF geführte oder mit deren Beteiligung gebildete Übergangsregierung nicht, sondern nur eine zivile Regierung mit Kontrolle über die bewaffneten Kräfte akzeptieren wird, um diesen Circulus vitiosus zu durchbrechen. Anderenfalls bleibt es für Militärs in vielen Ländern in Afrika politisch attraktiv, die Macht mit Gewalt zu übernehmen und durch Verhandlungen an dieser zu bleiben. Europäische Staaten wie Österreich und die EU insgesamt könnten diesbezüglich eine Vorreiterrolle einnehmen.

Impressum:

Medieninhaber/Herausgeber/Hersteller: Republik Österreich/BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion: Landesverteidigungsakademie Wien/IFK, Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

Druck: ReproZ W 23-XXXX, Stiftgasse 2a, 1070 Wien



www.facebook.com/lvak.ifk